

Warum Europa?

Stefan Troebst (troebst@uni-leipzig.de)

Mit „Warum Europa?“ hat der österreichische Historiker Michael Mitterauer sein 2003 erschienenes Buch über die „mittelalterlichen Grundlagen eines Sonderwegs“ betitelt. Seine Erklärung dafür, dass industrielle Revolution, Kapitalismus, Kolonialismus und Parlamentarismus auf dem „zerklüfteten Nordwestkaps Asiens“ (Arno Schmidt), nicht hingegen in China oder im islamischen Raum entstanden bzw. entwickelt wurden, begründet er mit Prozessen und Phänomenen der Agrarentwicklung, des Familiensystems, von Grundherrschaft, Lehwesen und Ständeversammlung.

Heute, in Zeiten, in denen der Vorwurf des Eurozentrismus allgegenwärtig ist und Gegenargumente wie Europa als „Wiege der Weltkultur“, „Demiurg der Demokratie“ oder „zivilisierendes Friedensprojekt“ nicht selten mit den historischen Tatsachen in auffälliger Form kollidieren, erscheint der Rekurs auf das Mittelalter als kontraproduktiv. Zumal unser Zahlensystem ein arabisches ist, wir damals die doppelte Buchführung von den Chinesen, das Christentum aus dem Vorderen Orient übernommen und Kartoffel wie Tomate aus Südamerika importiert haben. Hinzu kommt, dass Europa gerade im 20. Jahrhundert Schauplatz zweier Weltkriege (und anderer militärischer Konfrontationen), barbarischer Exzesse wie dem Genozid an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland oder dem GULag-System in Stalins Sowjetunion gewesen war. Und gleichfalls hinzu kommen die vielfältigen Diktaturformen Zentral-, Ost-, Süd-, Ostmittel- und Südosteuropas, die nur wenige Jahrzehnte zurückliegen (oder, wie in Belarus und der Russländischen Föderation fortbestehen), sowie die blutigen ethno-politischen Konflikte um das Baskenland, Nordirland und Kosovo. Also warum immer noch „Europa“ in Zeiten, in denen das „europäische Projekt“ in Gestalt der Europäischen Union angesichts von Euro-, Griechenland- und Russland/Ukraine-Krise sich höchstens noch in der außereuropäischen Perspektive sowie auf dem Westbalkan als attraktiv ausnimmt?

Eine mögliche Antwort lautet: Weil der Entwicklungspfad der Kulturen, Gesellschaften und Staaten des Halbkontinents in der Moderne der globale Trendsetter und Normensetzer war und weiterhin ist, weil nicht nur der Kapitalismus, sondern auch Sozialstaat gleich anderen bahnbrechenden Innovationen wie Zeitungen, Elektrizität, Eisenbahnen, Penicillin, Styropor, Papiertaschentücher, Schluckimpfung, Computer und Brühwürfel ureuropäische Erfindungen sind, die aus dem Alltag der Mehrheit der Weltbevölkerung nicht mehr wegzudenken sind.

Ein augenfälliger Beleg ist überdies das *ius gentium Europaeum*, das seit dem 19. Jahrhundert in Übersee rezipiert und im „langen“ 20. zum modernen, universellen Völkerrecht wurde.

„Europe matters“ aber auch in der globalen Außenperspektive – mit Francophonie, Önologie, Buchdruck, Atomkraftwerkstechnologie, Marxismus, FC Bayern, Lateinschrift, Diktaturaufarbeitung, BMW, Luthertum und Derrick.

Folglich war die wissenschaftliche Beschäftigung mit Europa in Gestalt von Forschung wie Lehre nie so wertvoll wie heute. Die Tradition geistes- und sozialwissenschaftlicher Europaforschung ist dabei ebenso lang wie ihr definitorischer und konzeptioneller Rahmen breit und diffus ist. Neben einer erst in Umrissen erkennbaren und primär sozialwissenschaftlichen „Europawissenschaft“ (im Singular) steht eine deutlich reflektiertere kulturwissenschaftliche „Europäistik“ bzw. historische „Europäizitätsforschung“; die angelsächsischen „European Studies“ unterscheiden sich von ihrem mitteleuropäischen Äquivalent der „Europa-Studien“ durch thematische Engführung – ohne Kultur, Religion, Sprachen und Geographie (wobei aber auch „Europa-Studien“ in rascher Veränderung in Richtung Area Studies befindlich sind) –; „Europäische Geschichte“ meint in der Regel interpretatorisch etwas anderes als „Geschichte Europas“; und in Soziologie, Politologie und Rechtswissenschaft verengen sich zu „Europäisierungsforschung“, „European Politics“ und „Europarecht“ zunehmend zu bloßer „EU-Integrationswissenschaft“, gar zu „European Union Studies“. Zugleich ist Europa als Forschungsbezugsrahmen im Zuge der Globalisierung – und damit des Aufstiegs von „Global Studies“ und Weltgeschichtsschreibung – unter Legitimationsdruck und Essentialisierungsvorwurf geraten, wie überdies das neue Paradigma der Transnationalisierung mit Blick auf Europa zwangsläufig (und entgegen anders lautenden Bekundungen) neuerlich primär nationale Einheiten zum Ausgangspunkt nimmt. Mit anderen Worten: Europaforschung ist ein dickes Bündel ganz unterschiedlicher fachspezifischer wie interdisziplinärer, historischer wie gegenwartsbezogener, normativer wie kritischer Herangehensweisen, das nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden kann, sich aber gegen andere Paradigmen behaupten muss. Dabei geraten selbst disziplinäre Gewissheiten mitunter ins Bröckeln, wie etwa der Fall der Geographie belegt: Trug ein 2005 erschienenes Kompendium noch den autoritativen Titel „Europa. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik“, so war ein 2013 veröffentlichtes Gegenstück deutlich zurückhaltender mit „Europa – eine Geographie“ betitelt – *eine* von mehreren denkbaren.

Für Studierende in Bachelor- und Masterprogrammen „Europa-Studien“, „Europäistik“, „European Studies“ u. a., wie sie an etlichen deutsch(sprachig)en Universitäten von Flensburg

und Hamburg über Frankfurt an der Oder und Leipzig bis Linz und Budapest, aber auch in Lund, Kaliningrad, Coimbra und andernorts auf dieser Welt angeboten werden, ist der Gegensatz zwischen Multiperspektivität und Teleologie in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Geschichte und Gegenwart Europas anfänglich ein frustrierender Tatbestand, der aber im Zuge des Studienfortschritts in der Regel die Erkenntnis birgt, dass „Europa“ und „EU“ weder dasselbe noch zwei Seiten ein und derselben Medaille, auch nicht lediglich Ganzes und Teil sind. Wenn der misanthropisch-deutschnationale Staatsrechtler und politische Philosoph Carl Schmitt formuliert hat, „Wer Menschheit sagt, will betrügen“, so ist mit einiger Berechtigung demjenigen, der – mit positiver oder negativer Emphase, aber ohne seine definitorischen Karten auf den Tisch zu legen – von „Europa“ spricht, eine Verschleierungsabsicht, zumindest aber ein Simplifizierungsbemühen zu unterstellen. Für „Europäisierung“, gar „europäische Integration“ und „europäische Identität“ gilt das in potenziierter Form. Das sind in erster Linie Begriffe der Politik, erst in zweiter solche der Wissenschaft, welche die Aufgabe hat – so zumindest das Verständnis des Historikers – die hinter diesen Termini stehenden Konzeptionen kritisch zu analysieren.

Insofern ist einem anderen Kulturpessimisten, nämlich Oswald Spengler, Recht zu geben, der in seinem *Untergang des Abendlandes* von 1923 konstatierte, der Historiker stünde „unter dem verhängnisvollen Vorurteil der Geographie (um nicht zu sagen unter der Suggestion des Landkartenbildes), die einen *Erdteil* Europa annimmt, worauf er sich verpflichtet fühlt, auch eine entsprechende *ideelle* Abgrenzung gegen ‚Asien‘ vorzunehmen.“ Eine andere Frage ist indes diejenige nach der Berechtigung von Spenglers kategorischer Schlussfolgerung aus dieser Beobachtung: „Das Wort Europa sollte aus der Geschichte gestrichen werden. Es gibt keinen ‚Europäer‘ als historischen Typus. [...] Orient und Okzident sind Begriffe von echtem historischem Gehalt. ‚Europa‘ ist leerer Schall. Alles, was die Antike an großen Schöpfungen hervorbrachte, entstand unter Negation jeder kontinentalen Grenze zwischen Rom und Cypern, Byzanz und Alexandria. Alles, was europäische Kultur heißt, entstand zwischen Weichsel, Adria und Guadalquivir. Und gesetzt, daß Griechenland zur Zeit des Perikles ‚in Europa lag‘, so liegt es heute nicht mehr dort.“ Da scheint Spengler unter dem Einfluss des Bismarckschen Diktums „Wer von Europa spricht, hat unrecht“ gestanden zu haben.

Im Zuge des krisenbedingten Imageverlustes der EU bei ihren 500 Millionen Bürgern und des überall steigenden Zulaufs zu populistischen Bewegungen driften derzeit Wertigkeit und Empathiefaktor des Europa-Begriffs von Plus nach Minus – mit institutionell mutmaßlich dramatischen Folgen für die zeitgleich in zunehmende Konkurrenz zu den genannten

Globalisierungs-, Transnationalisierungs- und Renationalisierungsparadigmata stehende Forschung und Lehre zu dem, was Europa heißt. Das ist vor allem deshalb bedenklich, weil gerade in Krisenzeiten kritische Begleitung durch die Wissenschaft wesentlich wichtiger ist als in Schönwetter- und Prosperitätsperioden.

Was ist in einer solchen Situation seitens der europazentrierten Forschung zu tun, um nicht in den beschriebenen Abwärtsstrudel alles Europäischen zu geraten, sondern kontrazyklisch ihre eigene Bedeutung zu belegen? Vor allem sind fortgesetzte definitorisch-konzeptionelle Begründungsanstrengungen der aufgezählten (und weiterer) europabezogener Forschungsrichtungen erforderlich, desgleichen begrifflich-inhaltliche Abgrenzungen sowohl von vor- wie außerwissenschaftlichen Konventionen sowie zu „rivalisierenden“ Konzeptionen des genannten Typs.

Dazu zwei Beispiele für weitgehend unerschlossene Potentiale von Europaforschung: In ihrer Fokussierung auf Montanunion/EWG/EG sowie anschließend auf EU und Euro-Raum – und zumeist unter Außerachtlassung der ältesten, 1949 gegründeten pan(west)europäischen Organisation des Europarats sowie der in der Spätphase des Kalten Krieges sowie der Phase der Desintegration von Sowjetunion und Jugoslawien international gewichtigen KSZE/OSZE – hat vor allem die sozialwissenschaftliche Europäisierungsforschung nahezu gänzlich übersehen, dass in der anderen Hälfte des Halb-Kontinents sowohl den Westen konfrontativ imitierende (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Warschauer Pakt) als auch ansatzweise alternative Unifizierungsprojekte (Gesamtslawisches Komitee, Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien/Kominform, informelle wie formelle Organisations- und Kommunikationsstrukturen der staatssozialistischen Länder) existierten, deren (Ost-)Europäisierungseffekte partiell über 1989/91 hinaus reichen (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Eurasische Zollunion von Russland, Belarus, Kasachstan und Armenien, Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit). Ähnliches gilt für die länderübergreifende Kooperation oppositioneller und dissidenter Strömungen zu Zeiten sowjetischer Hegemonie, die sich zumindest temporär auch nach der Implosion der Führungsmacht organisatorisch niederschlugen (Zentraleuropäische Initiative, Visegrád-Gruppe). Europäisierung im Sinne von Angleichung im blockinternen Rahmen bis hin zu Integration ist also ein Prozess, der nicht nur in der Westhälfte Europas, sondern auch in seiner Osthälfte stattfand – mit deutlichen Wirkungen auf die weiter voranschreitende Osterweiterung der EU und ihre Politik der „Östlichen Partnerschaft“ innerhalb der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“. Hier ist Aufklärungsbedarf angezeigt, ist doch

„Europa“ mitnichten ein ausschließlich westeuropäisches, sondern auch ein osteuropäisches Projekt.

Das zweite Beispiel betrifft nicht nur, aber vor allem das von europäischen Staaten betriebene Projekt der Homogenisierung ihrer Bevölkerung – ein Politikmuster, das in erster Linie mit der Osthälfte Europas assoziiert wird: Zwangsassimilation, Bevölkerungsaustausch, ethnische Säuberung, gar Völkermord gelten noch immer als „typisch osteuropäisch“, siehe paradigmatisch die Perzeption der Vertreibung der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre oder den serbischen Genozid an bosnischen Muslimen in Srebrenica 1995. Selbst unter Ausblendung der nationalsozialistischen „Rassepolitik“, des „Generalplans Ost“ und der Ermordung der Juden Deutschlands sowie des deutsch besetzten Europas und der mit dem „Dritten Reich“ verbündeten europäischen Staaten trifft diese weit verbreitete Annahme in einem doppelten Sinne nicht zu: Zum einen entsprach das, was im Zuge der Nationalstaatsbildung in der post-imperialen Osthälfte Europas vom Berliner Kongress 1878 bis zum Kosovo-Krieg 1999 gleichsam verspätet stattfand, im Wesentlichen dem, was in seiner Westhälfte von Skandinavien über Frankreich bis zur Iberischen Halbinsel bereits in den Jahrhunderten zuvor mittels ganz ähnlicher Methoden in Form religiösen, sprachlichen und ethnokulturelle Assimilierungs- und Zwangsmigrationsdrucks erfolgreich realisiert worden war. Zum anderen war nationale Homogenisierungspolitik auch im Westeuropa des 20. Jahrhunderts gängige Praxis. In Schweden etwa wurden Samen und so genannte Tattare („Tataren“), d. h. Travellers und Roma, nicht nur massivem ethnischen und religiösen Akkulturationszwang ausgesetzt, um Differenz kultureller, sprachlicher, ethnoprofessioneller, religiöser und anderer Art zu nivellieren, sondern bis in die 1970er Jahre hinein mitunter auch zwangssterilisiert. Sozialingeniertum mittels Eugenik, Assimilierungspolitik, Um- und Aussiedlung u. a. war zeitgleich auch in einem Land wie etwa Bulgarien gang und gäbe, und dies vor wie nach 1944. Großbritannien hat den Konflikt zwischen katholisch-irischer Minderheit und protestantisch-englischer Mehrheit in Nordirland bis vor relativ kurzer Zeit mittels Repression zu ersticken versucht – die Parallele zu Kosovo in Serbien liegt auf der Hand. Und bis heute ist nicht nur für Griechenland und die Türkei, sondern auch für Frankreich ein Beitritt zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats, gar zur Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten, nicht vorstellbar – beides übrigens nicht verhandelbare Bedingungen für den EU-Beitritt der neuen Mitglieder Ostmittel- und Südosteuropas. Auch diesbezüglich sind durch Ost-West-Vergleiche Aha-Effekte zu erwarten.

Eine nahe liegende, wenngleich nicht die einzige Schlussfolgerung aus all dem ist, das forschungsmäßige West-Ost-Ungleichgewicht in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Europa auszugleichen, und dies in einem doppelten Sinne: Indem einerseits Europas Osten auf die Karte der Europaforschung gesetzt wird und andererseits die vermeintliche Anciennität, höhere Dignität und postulierte Superiorität seiner Westhälfte mittels transregionaler Vergleiche nicht nur synchroner, sondern auch diachroner Art relativiert wird, gewinnen wir neue Perspektiven. Die US-bulgarische Historikerin Maria Todorova hat dies 2003 in einer Leipziger Vorlesung über „Die Kategorie Zeit in der Geschichtsschreibung über das östliche Europa“ am Beispiel der Typologisierung von Nationalismen im Westen und Osten Europas eindringlich vorgeführt: Der Vergleich unterschiedlicher Zeitebenen lässt die Gemeinsamkeiten deutlicher hervortreten. Das erfordert nahe liegender Weise zunächst die Schaffung einer Vergleichsbasis, was wiederum bedeutet, dass die Westzentriertheit der am Europabrett bohrenden Disziplinen und Forschungsrichtungen aufzubrechen ist. Hier sind vor allem diejenigen gefordert, die in, mit und über das östliche Europa forschen, was bedeutet, dass sowohl regionalwissenschaftliche wie teildisziplinäre, in und auf Ostmitteleuropa, Nordosteuropa, Südosteuropa und das „engere“ Osteuropa – heute der GUS-Raum – fokussierte Forschung sich ihrerseits transregionalen und (gesamt)europäischen, aber auch eurasischen und globalen Fragestellungen und Komparationen öffnen muss.

Prof. Dr. Stefan Troebst, Historiker und Slavist, ist Professor für Kulturgeschichte des östlichen Europa an der Universität Leipzig und Leiter des dortigen Masterstudiengangs „European Studies/Europastudien“.